

DSTG *Magazin* 9

Gewerkschaftsorgan der
Deutschen Steuer-Gewerkschaft
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

September 2001
50. Jahrgang



Teilnehmer des Steuerfahndungs-
seminars vom 8. bis 10. August 2001
in Königswinter-Thomasberg

Starke Taskforce gegen Umsatzsteuerbetrug

Umsatzsteuerbetrug einfacher als ein Banküberfall

Krajewski: Berliner Finanzprobleme beherrschbar

**DBB-Seiten
17-48**



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs war das politische Thema der letzten vier Wochen und wird weiter im Vordergrund stehen. Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und anderen Steuern verabschiedet. Alle beklagen plötzlich, was die DSTG seit Jahren geradezu predigt: Das deutsche System der Vorsteuererstattung lädt Betrüger geradezu ein. Es hat sich herumgesprochen, dass es wesentlich einfacher ist, sich beim Finanzamt eine Vorsteuererstattung zu erschleichen, als eine Bank zu überfallen. Auch die organisierte Kriminalität hat das Spiel mit den Karussellgeschäften entdeckt und betreibt es fleißig. Nun soll gehandelt werden, und das ist gut so. Es ist überfällig. Scheinheilig wird von Teilen der Wirtschaft gegen den Gesetzentwurf Stimmung gemacht. Natürlich wären alle für eine Betrugsbekämpfung, so heißt es, aber eine unangemeldete Nachschau in den Betrieben gehe zu weit. Der verfassungsrechtlich verbürgte Grundsatz der Unverletzlichkeit der Wohnung werde hier aufgeweicht. Geschickt wird mit solchen Argumenten vernebelt, um was es überhaupt geht. Bei den aufgedeckten Umsatzsteuerbetrügereien hat sich herausgestellt, dass vielfach Strohfirmen zwischengeschaltet waren, die nur gegründet wurden, um gefälschte Rechnungen zu präsentieren. Wenn sich dort ein Prüfer anmeldet, wird alles clean gemacht und nichts ist mehr zu entdecken. Deshalb ist im Rahmen einer Steueraufsicht und noch weit vor dem Strafverfahren eine unangemeldete Nachschau dringend erforderlich. Es ist für die DSTG nicht nachvollziehbar, wo Verfassungsrechte ver-

letzt werden könnten, wenn ein Prüfer des Finanzamts unangemeldet in der Tür steht und eine kurze Nachschau vornimmt. Sollte der Prüfer feststellen, dass alles in Ordnung ist, entsteht überhaupt kein Schaden. Im Gegenteil: Der Prüfer erkennt, dass es sich um einen steuerehrlichen Betrieb handelt. Was sollte bei diesem Verfahren schädlich sein? Trotz der guten Argumente, die wir für den Referentenentwurf beisteuerten, ist die Bundesregierung schon wieder halb eingeknickt. Unverständlich ist, dass in der Bundesrepublik nicht möglich sein sollte, was in anderen europäischen Staaten Standard ist: Vorsteuerbeträge werden nicht erstattet, sondern nur verrechnet. Schon gegen die im Gesetzentwurf enthaltene arbeitsaufwändige Ersatzlösung von Erstattung gegen Sicherheitsleistung, läuft die Wirtschaft Sturm. Die DSTG wird jedenfalls in den weiteren Beratungen auf Schwachpunkte hinweisen.

Die Sommerpause war außerdem angefüllt mit Diskussionen um die geplanten Verschlechterungen der Versorgung. Beifall auf der einen Seite – endlich kommen auch die Beamten und Pensionisten dran – Ernüchterung und Enttäuschung bei den Betroffenen. Auch hier wären weniger Emotionen und mehr Sachdiskussion von Nutzen. Die Beamten zahlen immer schon für ihre Pensionen im Voraus durch entsprechend niedrigere Gehaltsbezüge. In der Beamtenversorgung gibt und gab es lange vor den rentenrechtlichen Regelungen mit der Versorgungsrücklage ein System, das Spitzenbelastungen der öffentlichen Kassen in der Zukunft ausgleichen soll. Wir lehnen aber ab, die Beamten- und Versorgungsempfänger doppelt und dreifach zu belasten. Dies wird in den nächsten Wochen den politischen Entscheidungsträgern klar zu machen sein. Die DSTG wird sich hier mit all ihrer Kraft einbringen.

Mit kollegialen Grüßen

Jhr
Dieter Ondracek

IMPRESSUM: Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. Verantwortlich: Dieter Ondracek, Rafael Zender. Verlag: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01. Fotos: DSTG-Archiv, Fiegel. Anzeigenverwaltung DSTG Magazin: Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01. Anzeigenpreisliste Nr. 22 gültig ab 1. Januar 2001. Nachdruck honorarfrei gestattet. Gestaltung: Marian Neugebauer. Bezugsbedingungen: Das DSTG-Magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG-Magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar.

HERAUSGEBER DER DBB-SEITEN: Bundesleitung des DBB, Peter-Hensen-Straße 5-7, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 8 11-0, Telefax (02 28) 8 11-1 71, Internet: www.DBB.de, E-Mail: post@dbb.de. **CHEFREDAKTION DER DBB-SEITEN:** Dr. Walter Schmitz, Redaktion: Jan Brenner, Siegfried Speichert, Sabine Pakebusch; Redaktionsassistentin: Sabrina Bruns. **FOTOS:** DBB, Fiegel, MEV. **GESTALTUNG:** Marian Neugebauer. **VERLAG:** DBB Verlag GmbH. **VERLAGSORT UND BESTELLANSCHRIFT:** Peter-Hensen-Straße 5-7, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 8 11-2 25, 2 26, 2 27, Postgirokonto: Köln 2017 04-503 **VERSANDORT:** Düsseldorf. **VERLAGSPOSTAMT:** Postamt 1 Köln. **HERSTELLUNG UND ANZEIGEN:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.va.de, E-Mail info@va.de. **ANZEIGENLEITUNG:** Ulrike Niggemann, Telefon (02 11) 73 57-6 39, Telefax (02 11) 73 57-5 07. Anzeigentarif Nr. 42 (DBB Magazin). Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. ISSN 0178-207X

DSTG

Starke Taskforce gegen Umsatzsteuerbetrug	4
Umsatzsteuerbetrug einfacher als ein Banküberfall	5
Krajewski: Berliner Finanzprobleme beherrschbar	6
Meinungsaustausch mit dem thüringischen Finanzminister Andreas Trauvelter	8
Rentenanträge aus dem Internet	8
Sportler treten in Hamburg an	9
Europasteuer wird skeptisch beurteilt	10
1. Frauenpolitische Fachtagung in Berlin ein voller Erfolg: Was ist „Gender mainstreaming“?	12
Anke Schwitzer neue Vorsitzende des DBB Schleswig-Holstein	13
Frauen im DBB	14
Tauschcke	15

DBB

In eigener Sache	17
Im Interview: DBB-Chef Erhard Geyer zum Umzug des DBB von Bonn nach Berlin	18-19
Berufspolitik: Versorgungsänderungsgesetz 2001	20
Neues Vergütungssystem für Krankenhäuser	21
Mehrarbeit: DBB fordert Ausgleich	21
Keine Zersplitterung des Besoldungsrechts	22
Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit	22
DBB mit neuem Logo	23
Jugend im DBB	25
Senioren im DBB	26-27
Frauen im DBB	27
Politik aktuell	30
Euro-Bargeldeinführung	32
EU aktuell	33
DBB online	40-41
Report	42-46

Starke Taskforce gegen Umsatzsteuerbetrug

40 Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder aus dem gesamten Bundesgebiet folgten der Einladung in das „Forum Siebengebirge“ zu einem Seminar Umsatzsteuerkriminalität und den Möglichkeiten ihrer Bekämpfung.

Das Thema war brandaktuell, weil die Veranstaltung zeitlich mit dem Kabinettsbeschluss für ein Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz zusammentraf. Nach der Einführung durch den DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek stiegen Referenten und Teilnehmer unmittelbar in die Fachdebatte über Möglichkeiten zur Eindämmung der steigenden Steuerumsatzkriminalität ein. Hans-Jürgen von Wachter von der Steuerfahndung Bremen stellte Überlegungen zur Einführung eines neuen Straftatbestandes der „Steuergefährdung“ in die Abgabenordnung an. Ausgehend von den bekannten Schwachpunkten und den aufgedeckten Betrugsfällen machte er deutlich, dass das heute zur Verfügung stehende rechtliche Instrumentarium von den Tätern umgangen und ausgetrickst wird. An verschiedenen Fallkonstellationen zeigte er auf, dass bei geschickten Fallgestaltungen die strafrechtliche Verfolgung Probleme aufwirft. Dies sei mit kleineren Änderungen in § 370 der Abgabenordnung zu fangen. So könnte im Absatz 1 ein Satz angefügt werden, der etwa wie folgt lauten müsste: „Ebenso wird bestraft, wer Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind und dadurch das Steueraufkommen in nicht unerheblicher Weise gefährdet.“ In § 370 Absatz 3 wäre eine neue Ziffer 5 anzufügen, etwa mit folgendem Wortlaut: „Ein besonders schwerer Fall liegt

in der Regel vor, wenn der Täter 5. einer Bande angehört, die Vertriebsstrukturen zur Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr aufbaut oder die Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr vortäuscht in der Absicht, das Steueraufkommen erheblich zu gefährden.“

In der anschließenden Diskussion stellten sich die Fahnder einmütig hinter diesen Vorschlag. Die Ergänzungen wären bei manchen Fällen, wie sie die Fahnderinnen und Fahnder selbst erlebt haben, hilfreich gewesen.

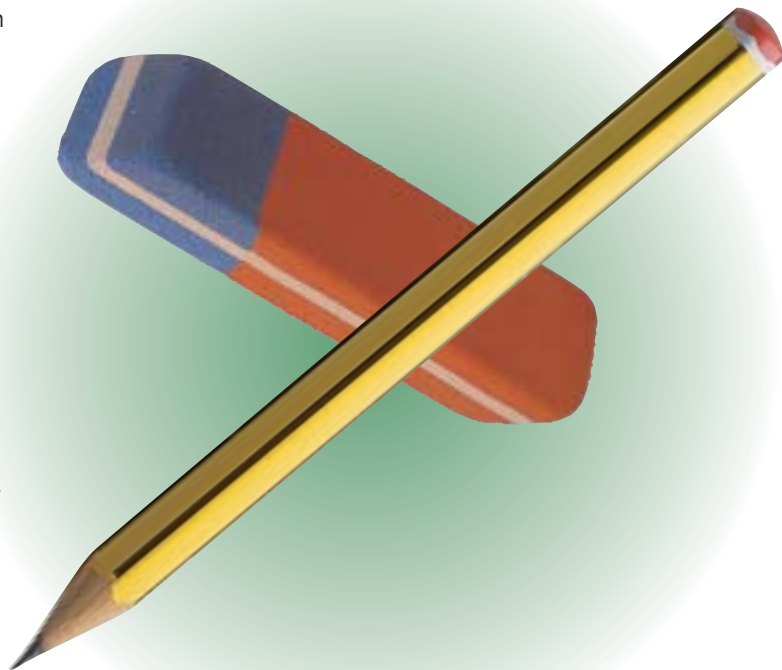
Ein zweiter Vortrag befasste sich mit der wirksamen Eindämmung des grenzüberschreitenden Umsatzsteuerbetrugs und den Möglichkeiten und der Wirkungsweise der europäischen Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF. Georg-Peter Block von der Commission européenne (Office européen de lutte antifraude – OLAF) stellte die Schwierigkeiten dar, auf die OLAF heute trifft. Von der gesamten Mannschaft mit derzeit etwa 130 Angehörigen sind für die Steuerbetrugsfälle lediglich zwei Personen zuständig. OLAF könnte vielfältige Hilfestellungen bei international operierenden Betrugsbanden leisten, wenn sie von allen Staaten akzeptiert werden würde und ein entsprechender Informationsverbund aufgebaut werden könnte. Die Zusammenarbeit mit den einzelnen Mitgliedsstaaten ist heute sehr unterschiedlich. In manchen Ländern funktioniert sie gut, bei manchen Ländern hat man den Eindruck, dass man auf OLAF bei der Betrugsbekämpfung eigentlich verzichten möchte. Die versammelten Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder diskutierten ausführlich selbst erlebte internationale Betrugsfälle und klärten ab, was OLAF

in den einzelnen Fällen unterstützend tun hätte können und wie die Zusammenarbeit mit OLAF verbessert werden könnte.

Zu einer alten Forderung der DSTG gehört es, dass für die Bekämpfung der internationalen Betrugsfälle eine bundesweit operierende Taskforce installiert werden müsste. Dafür wird in dem nun vorliegenden Gesetzesentwurf durch eine Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes die Rechtsgrundlage geschaffen. Dr. Oli-

ge, dass durch das Auftreten der Bundesumsatzsteuersonderprüfer kriminelle Täter frühzeitig gewarnt werden, was eventuell nachfolgende strafrechtliche Ermittlungen erheblich erschweren würde. Die Fahnderinnen und Fahnder waren der Meinung, dass an der Konzeption dieser im Grundsatz begrüßenswerten Einrichtung noch gearbeitet werden müsse.

Heinrich Mahler vom Bundesamt der Finanzen verdeutlichte die gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs in Deutschland. Er machte deutlich, welche Aufträge das Bundesamt der Finanzen hierfür habe und wie sich für das Bundesamt der



ver Löwe-Krahl von der Steuerfahndung Oldenburg formulierte die Anforderungen an diese Taskforce. So wie sie jetzt angedacht ist, wird es bestenfalls eine Bundesumsatzsteuersonderprüfung, die in ihren Möglichkeiten sehr begrenzt sein wird und bei der es Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Umsatzsteuersonderprüfungen programmiert sind. Die Fahnderinnen und Fahnder äußerten in der Diskussion ihre Sor-

Finanzen die Lösung der Probleme darstellt. Auch an diesen Vortrag schloss sich eine lebhaft Diskussions an, die zum Ziel hatte, alle neuen Maßnahmen so zu bündeln und zu organisieren, dass sie wirksam werden. In der Abschlussdiskussion, die vom DSTG-Bundesvorsitzenden geführt wurde, wurden viele gute praktische Vorschläge erarbeitet, die die DSTG in die politische Diskussion einbringen wird.

Umsatzsteuerbetrug einfacher als ein Banküberfall

Die Bundesregierung will schärfer gegen den Umsatzsteuerbetrug vorgehen, weil diese Steuerart der Umsatzsteuer eine der bedeutendsten Einnahmequellen von Bund, Ländern und Gemeinden ist. Das Aufkommen belief sich im Jahr 2000 auf 275,5 Mrd. DM, etwa 30 % der gesamten Steuereinnahmen.

In Deutschland und anderen EU-Mitgliedsstaaten werden zunehmend Betrugsfälle in Form von so genannten Karussellgeschäften aufgedeckt. Dabei werden die Regeln für den Vorsteuerabzug missbraucht. Die „ersparte“ Umsatzsteuer wird u. a. zur Verbilligung der im Karussell weitergelieferten Waren verwendet. Bei diesen Waren handelt es sich jeweils um hochwertige Güter. Anfang der 90er Jahre handelten die einschlägigen Kreise vor allem mit Autos oder Computerteilen, derzeit floriert der Steuerbetrug insbesondere mit Handys. Täter agieren dabei europaweit und sind bestens informiert, organisiert und ausgerüstet, sodass man von einer Form des organisierten Verbrechens sprechen kann. Allein die bisher aufgedeckten betrügerischen Aktivitäten, die sich häufig in Größenordnungen von mehrstelligen Millionenbeträgen bewegten, lassen eine Dunkelziffer von weiteren ganz erheblichen Steuerausfällen befürchten. Daneben besteht die Gefahr, dass durch illegale Karussellgeschäfte steuerehrliche Unternehmer über „vermeintliche“ Niedrigpreise vom Markt gedrängt werden. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Steuerverkürzungen bei der Umsatzsteuer und anderen Steuern (Steuerverkürzungs-

bekämpfungsgesetz) Stellung genommen und nachdrücklich das geplante Vorgehen gegen diese Art des Steuerbetruges begrüßt.

Ein Eckpunkt des Gesetzentwurfs besteht darin, den Voranmeldungszeitraum drastisch zu verkürzen. Im Zuge der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeitsaufnahme soll künftig nicht mehr das Kalendervierteljahr, sondern im laufenden und folgenden Kalenderjahr der Kalendermonat Voranmeldezeitraum sein. Dadurch soll verhindert werden, dass eine nur zum Zwecke des Umsatzsteuerbetruges gegründete Firma erst nach Ablauf des Vierteljahreszeitraumes verpflichtet gewesen wäre, eine Umsatzsteuervoranmeldung abzugeben. Betrügereien konnten damit erst frühestens am Ende des vierten oder Anfang des fünften Monats erkannt werden; zu diesem Zeitpunkt war die Firma möglicherweise bereits wieder abgemeldet.

Die DSTG begrüßt die vorgesehene Änderung, weist jedoch deutlich darauf hin, dass dieses

Verfahren personellen Mehraufwand erfordert, da Voranmeldungen monatlich bearbeitet werden müssen und in Fällen von Verdachtsmomenten entsprechende Prüfkapazitäten bereitstehen müssen.

Nach den Plänen der Bundesregierung kann künftig das Finanzamt die Erstattung von Vorsteuern von einer Sicherheitsleistung des Unternehmers abhängig machen. In diesem Zusammenhang weist die DSTG darauf hin, dass die praktische Realisierung einer solchen Regelung weitere zusätzliche Arbeit für die Steuerverwaltung bringt. Der Wert der Sicherheitsleistung muss überprüft werden, sodass Streitfälle vorprogrammiert sind. Die DSTG plädiert daher dafür, im Voranmeldungsverfahren die Erstattung von Überzahlungen generell auszuschließen.

Außerdem spricht sich die Deutsche Steuer-Gewerkschaft entgegen den Entwurf für eine völlige Abschaffung der Mehrwertsteuer bei Geschäften zwischen den Unternehmern aus. Würde nur der Endverbrauch besteuert werden, wäre eine Manipulation über Umsatzsteuerkarusselle nicht mehr möglich. Mithin könnte auch die neu geplante Haftungsregelung für die schuldhaft nicht abgeführte Steuer entfallen, wonach jeder Unternehmer in Haftung genommen werden kann, der in Karussellbetrugsgeschäfte verwickelt ist und nach den Umständen des Falles davon hätte Kenntnis haben müssen. Hier verhindert letztendlich der schwierige Nachweis konkret den Hebel gegen diese Art des Steuerbetruges anzusetzen. Auch die im Gesetzentwurf vorgesehene „allgemeine Nachschau“, die es den Finanzbehörden in Zukunft erlauben soll, auch ohne konkreten Verdacht die Räume von Unternehmen unangemeldet zu betreten, um in die Geschäftsunterlagen Einsicht zu nehmen, ist begrüßenswert. Eine rasche, unangemeldete, allgemeine Nachschau wäre ein wirkungsvolles Mittel, Manipulationen rechtzeitig zu entdecken. Die

DSTG weist jedoch darauf hin, dass eine wirkungsvolle Umsetzung dieser Vorschrift nur mit genügend Personal möglich ist. Eine Verbesserung der Rechtsamthilfe innerhalb der Europäischen Union ist ebenfalls geplant. Zudem soll derjenige, der einen gewerblichen Betrieb oder eine Betriebsstätte eröffnet, verpflichtet werden, dies dem jeweilig zuständigen Finanzamt mitzuteilen. Ebenso haben sich neue land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie freiberuflich Tätige beim Finanzamt zu melden. Die DSTG weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es ergänzend erforderlich sein wird, dass bundesweit eine einheitliche Abfragemöglichkeit geschaffen werden muss, die es erlaubt, rasch abzuklären, ob ein Unternehmen in der Bundesrepublik steuerlich erfasst ist. Nur so kann der Scheinfirmen-tätigkeit auf den Grund gegangen werden. Zudem begrüßt die DSTG das Gesetzesvorhaben, wonach das Bundesamt für Finanzen damit beauftragt werden soll, umsatzsteuerrechtliche Ermittlungen zu koordinieren und Prüfungen soweit erforderlich zu veranlassen. Ergänzend soll eine Umsatzsteuerbetrugsdatei aufgebaut werden.

Die DSTG betont in ihrer Stellungnahme nachdrücklich, dass es neben den gesetzgeberischen Maßnahmen zwingend erforderlich ist, das Personal in den entsprechenden Bereichen zu verstärken und durch Fortbildungsmaßnahmen für Betrugsfälle zu sensibilisieren. Der Erfolg des Gesetzeszweckes hängt damit entscheidend von einer ausreichenden Personaldicke ab. Die DSTG resümiert, in einschlägigen Kreisen sei bekannt, dass es wesentlich einfacher und mit erheblich geringerem Risiko verbunden sei, sich beim Finanzamt durch Vorsteuerbetrug Geld zu beschaffen, als eine Bank zu überfallen. Insoweit befindet sich der Gesetzgeber mit seinem Entwurf auf dem richtigen Wege, um den Betrugssumpf auszutrocknen.



Krajewski: Berliner Finanzprobleme beherrschbar

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und der DSTG-Landesvorsitzende, Detlef Dames, trafen mit der Senatorin für Finanzen des Landes Berlin, Frau Christiane Krajewski, zu einem Meinungsaustausch zusammen. Frau Krajewski hatte zu dem Gespräch den Senatsrat Herrn Plock, Leiter des Referates III A für Ertragsteuer, allgemeine und steuerrechtliche Angelegenheiten und den leitenden Senatsrat Herrn Eichhold, Referatsleiter III C, das zuständig ist für organisatorische und personelle Angelegenheiten, zugezogen. Ondra-

der Berliner Kolleginnen und Kollegen auch gelungen. Eine Demotivation durch neue Personalabbaumaßnahmen wäre absolut kontraproduktiv. Auch ein Beförderungsstopp, eine eventuelle Nichtübernahme der Anwärter und ein Einstellungsstopp wären verhängnisvoll. Frau Krajewski machte klar, dass sie in der Situation, in der sich das Land befinde, keine neuen Planstellen beanspruchen könne. Sie selbst sei aber lange genug mit Personalführung befasst, sodass sie wisse, dass die Kolleginnen und Kollegen motiviert werden müs-



DSTG-Chef Dieter Ondracek und DSTG-Landesvorsitzender Detlef Dames im Gespräch mit Finanzsenatorin Christiane Krajewski

cek sprach zunächst die allgemeine Situation des Landes Berlin an. Nach Medienberichten müsse insgesamt kräftig gespart werden. Gerade auch im personellen Bereich soll massiv Personal abgebaut werden. Der Bundesvorsitzende begründete, weshalb die Berliner Steuerverwaltung nicht weniger Personal, sondern mehr benötige. Ein Personalabbau bei der Berliner Steuerverwaltung würde die Einnahmensituation der Hauptstadt weiter verschlechtern. Gerade die Berliner Steuerverwaltung habe sich in den letzten Jahren bemüht, bei den Arbeitsdaten den Bundesschnitt zu erreichen. Dies ist mit großen Engagement

sen. Hierzu gehörten auch Beförderungen. Frau Krajewski überlegt, das Beförderungssystem auf feste Stichtage umzustellen. Sie hat aber keineswegs vor, einen Beförderungsstopp zu verhängen. Auch werde sie die Anwärter übernehmen, soweit sie die Prüfung bestanden haben. Auch ein kleiner Einstellungskorridor werde offen gehalten werden. Auf exakte Zahlen wollte sie sich bei diesem Gespräch noch nicht festlegen. Die DSTG-Vertreter sagten der Senatorin die Unterstützung bei den positiven Personalmaßnahmen zu. Der Bundesvorsitzende sprach auch die teilweise

schlechte räumliche und sachliche Ausstattung der Berliner Steuerverwaltung an. Wenn man die optisch schäbigsten Finanzämter suche, dann finde man sie bedauerlicherweise in Berlin. Hier müsse trotz aller Sparmaßnahmen modernisiert und investiert werden. Frau Krajewski meinte hierzu, dass dies in der derzeitigen prekären Situation für sie nicht erste Priorität habe, wenngleich sie sich zwei der von den DSTG-Vertretern benannten Beispiele anschauen möchte und ggf. nach Möglichkeiten der Verbesserungen suchen wollte.

DSTG-Landesvorsitzender Dames sprach die geplante Verlagerung der Ausbildung sowohl für den mittleren wie den gehobenen Dienst in das Finanzbildungszentrum in Königs Wusterhausen an. Er machte deutlich, dass dies für die Berliner Kolleginnen und Kollegen sowohl eine zeitliche wie finanzielle Belastung bedeute. Nach Ansicht des DSTG-Vertreters könnte der Fachbereich der Finanzschule auch mit geringen Einstellungszahlen in Berlin gehalten werden, wenn man die Fortbildung intensiviere. Frau Krajewski gab zu erkennen, dass sie die Fortbildung nicht nach Königs Wusterhausen legen will, sondern aus Kosten- und Effizienzgründen in Berlin halten möchte. Sie wolle dies in ihrem Haus noch diskutieren. Für eine Verlagerung der Ausbildung nach Königs Wusterhausen erwartet sie keine sehr großen Probleme. Die Verkehrsanbindung zwischen Berlin und Königs Wusterhausen sei so gut, dass sie selbst für tägliche Hin- und Herfahrten keine Problem sehe. In ihrem alten Wirkungsort im Saarland mussten viele Bürgerinnen und Bürger täglich mehr als 100 km zu ihren Arbeits- und Dienstorten reisen. Dames thematisierte die geplante Übertragung der Hausmeisterdienste auf in zentrales Facilitymanagement. Betroffen wären von den Hinderungen rund 90 Personen der Berliner Steuerverwaltung. Einen großen

Spareffekt kann die DSTG erkennen. Vielmehr sind mehr Probleme als Nutzen zu erwarten. Frau Krajewski vertrat die Meinung, dass sie primär für eine Privatisierung sei, sie wolle aber die Vorbehalte prüfen. Bei der ebenfalls angesprochenen geplanten Verlagerung des Finanzgerichts Berlin nach Cottbus nahm sie die DSTG-Bedenken zur Kenntnis. Sie gab zu erkennen, dass auch vonseiten des Finanzgerichts bei ihr Bedenken angemeldet wurden. Große Schwierigkeiten könne sie in der Verlagerung aber nicht sehen. Gleichwohl wird sie die vorgebrachten Gründe bedenken.

Der DSTG-Bundesvorsitzende brachte das Besoldungsstrukturgesetz an die Diskussion. Frau Krajewski stimmt in der Frage des Erhaltes von Stellenplangrenzen mit der DSTG überein. Bei der flexiblen Eingangsbesoldung und der geplanten Streichung des Verheiratenzuschlags war Frau Krajewski anderer Meinung als die DSTG. Den Verheiratenzuschlag hält sie für verzichtbar. Die flexible Eingangsbesoldung sei ein überlegenswerter Ansatz.

Das Gespräch fand in offener und aufgeschlossener Atmosphäre statt. Die DSTG-Vertreter anerkannten, dass die Senatorin für Finanzen in Berlin einen besonders schwierigen Job auszuführen hat. Frau Krajewski erläuterte aber, dass sie die Herausforderung gerne angenommen hat. Auch die Position eines Finanz- und Wirtschaftsministers im Saarland war nicht ganz einfach. In Berlin sind die Probleme noch größer. Sie zu lösen sei eine ehrgeizige Aufgabe. Sie ist aber guter Dinge, dass die Probleme beherrschbar sind. Die DSTG-Vertreter sicherten Frau Krajewski eine konstruktive Zusammenarbeit zu. Notwendig sei hierzu sicher die Fortführung des offenen Dialogs, dann ließen sich auch erkennbare Probleme leichter lösen. Frau Krajewski sicherte weitere Gesprächsbereitschaft zu. Für sie seien aber zunächst Wahlen zu gewinnen.

Meinungsaustausch mit dem thüringischen Finanzminister Andreas Trautvetter

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch über Fragen des Tarifrechts, des Beamtenrechts und über die Situation der thüringischen Steuerverwaltung traf der thüringische Finanzminister Andreas Trautvetter mit DSTG-Vertretern zusammen. Die DSTG-Delegation wurde vom Bundesvorsitzenden angeführt. Einen ausführlichen Raum in diesem Gespräch nahm die Tarifsituation BAT-Ost, Zeitraum der Anpassung auf 100 % und die Probleme der Zusatzversorgung in Anspruch. Offen und freimütig wurden die Probleme analysiert und Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Die Tarifexperten der DSTG Helmut Overbeck und Friedhelm Thomas, die von Seiten der DSTG die Tarifgeschäfte in der DBB-Tarifunion erledigen, gaben einen allgemeinen Überblick und verdeutlichten die DSTG-Positionen. Ebenso freimütig

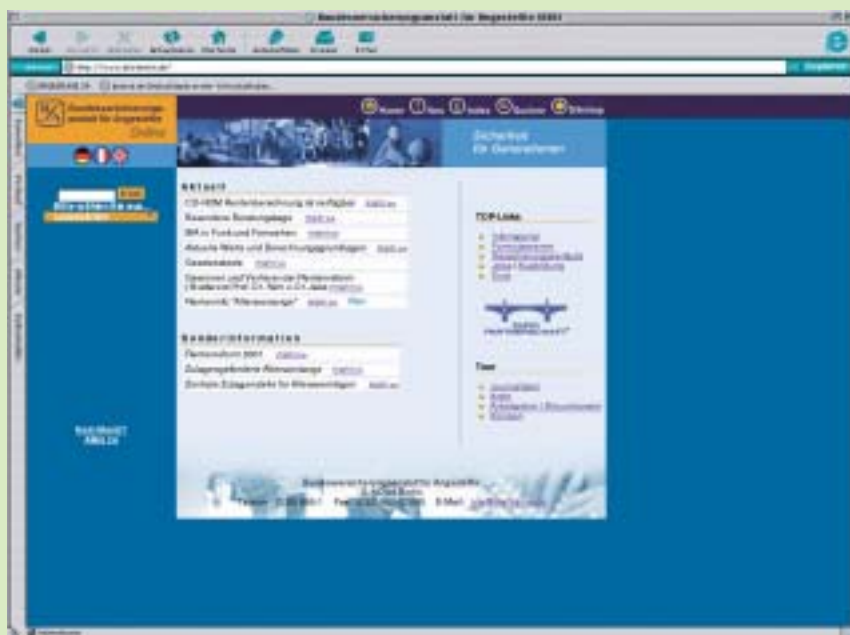
erläuterte Finanzminister Trautvetter die finanziellen Möglichkeiten seines Bundeslandes. Trautvetter machte dabei auch wiederum deutlich, dass die Angleichung Ost umso schneller kommen könne, je bescheidener die Lohnerhöhungen im Westen ausfallen. Diese nicht neue Position wurde von den DSTG-Vertretern zurückgewiesen. Breit diskutiert wurden auch die Probleme der Steuerverwaltung in den neuen Ländern speziell in Thüringen. An dieser Diskussion beteiligten sich neben dem Bundesvorsitzenden die Landesvorsitzende der DSTG Thüringen, Gunda Lämmer, der stellvertretende Bundesvorsitzende und Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen der DSTG, Achim Rothe sowie Helene Wildfeuer, Bezirksvorsitzende Nordbayern als ehemalige Aufbauhelferin und Patin. Zeitweise stieß auch der



V. l. n. r.: DSTG-Landesverbandsvorsitzende Thüringen Gunda Lämmer, DSTG-Landesverbandsvorsitzender Sachsen und stellvertretender Bundesvorsitzender Joachim Rothe, Vorsitzende des DSTG-Bezirksverbandes Nordbayern und Vorsitzende der DBB-Bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer, Tarifexperte Friedhelm Thomas, Finanzminister des Freistaates Thüringen Andreas Trautvetter, stellvertretender DSTG-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der Tarifkommission von DSTG und DBB-Tarifunion Helmut Overbeck.

DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer zur Runde. Der zweitägige Meinungsaustausch war für beide Seiten befruchtend und gewinnbringend. Es war schon bei der Gesprächsvereinbarung klar, dass es in dieser Runde nicht darum ging, konkrete Verein-

barungen zu treffen, sondern die gegenseitigen Positionen kennenzulernen und nach allgemeinen Lösungsansätzen zu suchen. Das Gespräch fand in einer freundlichen und vertrauten Atmosphäre statt und war für beide Seiten von Nutzen.



Rentenanträge aus dem Internet

Seit kurzer Zeit können auch am heimischen Computer die Antragsformulare der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) ausgefüllt werden. Auf der Homepage der BfA Berlin stehen alle wichtigen Antragsformulare zum Herunterladen bereit. Neben dem Rentenantrag ist auch der Antrag auf Klärung des Versicherungskontos oder auf freiwillige Beitragszahlung abrufbar. Die Anträge aus dem Bereich der Rehabilitation sollen nach Auskunft der BfA in Kürze folgen. Um einen Antrag bei der BfA zu stellen, muss der Antrag heruntergeladen, ausgedruckt und dann ausgefüllt an die BfA zurückgeschickt werden. Auch die Landesversicherungsanstalten stellen diesen Service seit kurzem ebenfalls zur Verfügung. Die Anträge und weitere Informationen sind auf den Internetseiten der BfA unter www.bfa-berlin.de im „Formularcenter“ verfügbar.

Sportler treten in Hamburg an

In einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der Deutschen Finanzsporthilfe (DFSH) mit dem Organisationsteam der Finanzsportgemeinschaft OFD Hamburg e.V. im Bildungszentrum der Steuerverwaltung in Hamburg wurde das 26. Deutschlandturnier der Finanzämter vorbereitet.

Das Turnier wird in der Zeit vom 13. bis 15. September 2001 stattfinden. Eröffnet wird das Turnier am 14. September um 9.00 Uhr im Stadion „Hammer Park“ in Hamburg-Hamm. Anschließend begin-

nen die Wettkämpfe in den Disziplinen Fußball, Tennis, Tischtennis, Schach sowie Kegeln. Im Rahmen der gemeinsamen Besprechung wurde u. a. die Gruppenauslosung für das



Haben eine gewaltige organisatorische Aufgabe zu bewältigen: die Kolleginnen und Kollegen der FSG OFD Hamburg e.V.

Fußballturnier vorgenommen (s. Kasten). Das Spiel um Platz 3 sowie das Fußballspiel sind für den 15. September 2001 ab ca. 14.00 Uhr vorgesehen. Für beste Unterhaltung bei den beiden Abendveranstaltungen hat das Orga-Team der FSG OFD Hamburg ebenfalls gesorgt.

Schirmherrin der Veranstaltung mit einer Beteiligung von über 1 000 Sportlerinnen, Sportlern und Gästen ist die Finanzsenatorin der Freien und Hansestadt Hamburg, Ingrid Nümann-Seidewinkel, die voraussichtlich die Teilnehmer auch in der Hansestadt begrüßen wird.

Gruppe A	Gruppe B	Gruppe C	Gruppe D	Gruppe E
FA Essen-Ost OFD Hamburg FA Suhl FA Kleve	FA Gießen FA Flensburg FA B-Schöneberg FA Aachen-Kreis	FA Hamm OFD Saarbrücken FSG Chemnitz FA Halle-West	FA Heidelberg FA Eberswalde OFD Rostock FA München IV	FA Ludwigshafen FA Göttingen OFD Stuttgart SPG Bremen-Mitte

Europasteuer wird skeptisch beurteilt

Das ganze Spektrum der aktuellen europäischen Steuerpolitik sowie die Bekämpfung der Steuer- und Wirtschaftskriminalität besprach eine UFE-Delegation unter Leitung des UFE-Vizepräsidenten Christian Steenhoudt (F) mit Spitzenvertretern der Generaldirektion Steuern und Zollunion (TAXUD) am 12. Juli in Brüssel. Die Gesprächspartner zeigten sich überaus besorgt über die anwachsende Steuer- und Wirtschaftskriminalität in Europa, die mehr und mehr Formen der organisierten Kriminalität annehme. Der europäische Binnenmarkt sowie das Schengener Abkommen schafften die Freiräume

lungen in den gängigen EU-Sprachen (englisch, französisch).

Die UFE-Vertreter warben für eine stärkere Kooperation der nationalen Betriebsprüfungen – vor allem in grenznahen Gebieten. Dies wird z. B. schon praktiziert zwischen den Finanzämtern der Oberfinanzdirektion Karlsruhe und den benachbarten französischen Departements. Eine effektive Hilfestellung bei der Koordinierung der Zusammenarbeit der nationalen Steuerbehörden könnten die Steuer-Attachés der EU-Botschaften leisten. Die UFE-Vertreter empfahlen, diese diplomatischen Dienstposten auszubauen.

Die Teilnehmer waren sich nicht zuletzt einig, dass der nationale Steuergesetzgeber intensiver als bisher darauf achten müsse, dass Gesetzesumgehungen und Missbräuche vermieden werden. Je einfacher und transparenter die nationale Steuergesetzgebung sei, desto wirkungsvoller könne dieses Ziel erreicht werden.

Die TAXUD- und UFE-Vertreter befürworteten bei der Besteuerung weiterhin das Ursprungslandprinzip im Europäischen Binnenmarkt. Das bisher als „Übergangsregelung“ praktizierte Bestimmungslandprinzip, d. h. die Steuer wird dort erhoben, wohin die Ware geliefert wird, hat sich als Musterbeispiel für Missbrauchs- und Betrugsanfälligkeit und ein Einfallstor für Steuer- und Wirtschaftskriminalität herausgestellt und ihre schwerste Erscheinungsform, die „Karusellbetrügerei“ begünstigt. Die Gesprächsteilnehmer bedauerten, dass die Einführung des Ursprungslandprinzips im Blick auf die unterschiedliche Interessenlage der EU-Mitgliedsländer zurzeit nicht durchsetzbar ist.

Es wird Aufgabe der Kommission sein, die Übergangsregelungen – gerade im Blick auf ihre Missbrauchsanfälligkeit – zu verbessern. Dies gilt insbesondere für die Erstattung der Vorsteuer, aber auch für die Rechnungsstellung und die Definition des Ortes der Lieferung.

Vorrangig sei auch – so die UFE –, den europäischen Binnenmarkt an die neuen Technologien anzupassen, insbesondere die Besteuerung des E-Commerce sicherzustellen.

Die belgische Präsidentschaft (ab dem 1. Juli 2001) – so die TAXUD-Vertreter – werde mit Hochdruck versuchen, diese Projekte zu verwirklichen oder zumindest anzustoßen. Besonders annehmen werde sich die belgische Präsidentschaft auch der Harmonisierung der Besteuerung der Kapitaleinkünfte nach dem „Koexistenzmodell“, das entweder eine Quellensteuer von 20 % oder aber eine Mitteilungspflicht der Banken an die Wohnsitzfinanzämter vorsieht. Das „Koexistenzmodell“ werde auch von der Kommission favorisiert.

Allerdings sei ein Konsens im Ecofin-Rat nur zu erreichen, wenn mit „Drittstaaten“ entsprechende Vereinbarungen getroffen würden. Es werde versucht, in Verhandlungen mit Drittstaaten, wie der Schweiz, Monaco, Andorra usw. entsprechende Abkommen zu erzielen. Die USA seien kooperationsbereit.

Die TAXUD-Vertreter informierten darüber, dass der Verhal-

tenskodex bei der Unternehmensbesteuerung fortentwickelt werde. Der Ecofin-Rat habe beschlossen, unfaire und wettbewerbsverzerrende Steuerprivilegien zu beseitigen.

Die UFE-Vertreter bewerteten das Engagement des Wettbewerbskommissars Monti aus Italien positiv, der Verfahren gegen EU-Mitgliedsländer eingeleitet hat, weil solche Steuerprivilegien auch unter wettbewerbsrechtlichen Aspekten bedenklich und unfair seien.

Die TAXUD-Vertreter betonten, dass die Kommissare Monti (Wettbewerb) und Bolkenstein (Steuern) auf besonders effektive Weise miteinander kooperieren.

Die TAXUD-Vertreter kündigten an, sich für eine starke Harmonisierung auch der Bemessungsgrenzen der direkten Steuern einzusetzen. Dabei stimmte man überein, wie schwierig es sei, dieses Projekt durchzusetzen – insbesondere im Blick auf die vom Ecofin-Rat und von der Kommission verfolgte Politik, weniger auf EU-Ebene zu harmonisieren als eine koordinierte nationale Steuerpolitik auf EU-Ebene zu betreiben.

Auch die Chancen einer Europasteuer wurden skeptisch beleuchtet. Sie wird von Deutschland, Belgien und Luxemburg befürwortet, aber auch von der für den Haushalt zuständigen Kommissarin Michaela Schreyer, die eine eigenständige Einnahmequelle für den EU-Haushalt einfordert.

Die UFE-Vertreter wurden vom Generaldirektor der Generaldirektion Steuern und Zollunion, Michel Vanden Abeele, empfangen. Das Gespräch wurde im Übrigen geführt von Jean Louis Vergnolle, der für die Beziehung von TAXUD mit Verbänden und Gewerkschaften auf europäischer Ebene zuständig ist. Der Meinungsaustausch soll kontinuierlich fortgesetzt werden, demnächst mit dem für Steuern zuständigen Kommissar Frits Bolkenstein (NL).

für die Drahtzieher und Täter, die sich dieser gefährlichen Kriminalitätsform bedienen. Die UFE-Vertreter bekräftigten ihre Forderung, die Rechts- und Amtshilfe der Steuerverwaltungen in der EU auf neue organisatorische Grundlagen zu stellen und das unabhängige Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) mit der Koordinierung zu beauftragen. Nötig sei auch, Regeln für die Kooperation der nationalen Steuerverwaltungen zu finden.

Vorrangig seien die sachliche und personelle Ausstattung der nationalen Steuerverwaltungen zu verbessern. Über eine systematische Fortbildung müssten die Beschäftigten auf die neuen Aufgaben vorbereitet werden, insbesondere durch Schu-

1. Frauenpolitische Fachtagung in Berlin ein voller Erfolg

Was ist „Gender mainstreaming“?

Die erste Frauenpolitische Fachtagung der DBB Bundesfrauenvertretung fand am 29. Juni unter der Leitung der Vorsitzenden Helene Wildfeuer in Berlin statt. Insgesamt waren 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet der Einladung gefolgt und bildeten den Rahmen für eine beeindruckende Veranstaltung. Das große Interesse an dieser Veranstaltung ist ein Signal dafür,

Tatsache, dass auch zahlreiche Männer der Einladung gefolgt waren, macht deutlich, dass Gleichstellungspolitik und Familienförderung keine Frauenthemen sind, sondern geschlechterübergreifend in der Gesellschaft diskutiert werden müssen. Auch der Bundesvorsitzende der DSTG, Dieter Ondracek, ließ es sich nicht nehmen, an der hoch interessanten Veranstaltung teilzunehmen.

wirkend aufgehoben werden. Zum Thema „Gender mainstreaming in der Politik der Bundesregierung – Anspruch und bisherige Umsetzung –“ sollte Frau Professor Dr. Herta Däubler-Gmelin, die Position der Bundesregierung darstellen. Kurzfristig übernahm dies die Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Renate Augstein.

Unvereinbarkeit von Personalratsmandat und der Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte von den Gewerkschafterinnen nicht akzeptiert werden kann. Herr Stadler sagte zu, einen Änderungsvorschlag in zweiter Lesung des Gesetzentwurfes einzubringen.

Inwieweit das Besoldungsstrukturgesetz ein verkapptes Sparpaket zu Lasten von Frauen und Familien ist, stellte Dr. Max Stadler, MdB (FDP), Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, dar. Schließlich stellte die Abgeordnete Heidemarie Ehlert von der PDS, die ebenfalls Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages ist, die Frage: „Was sind dem Staat die Kinder wert?“

Diskussion mit den Vertretern aller Bundestagsfraktionen

Zum hochaktuellen Thema „Der Familienleistungsausgleich in der Bundesrepublik – Anspruch und Wirklichkeit“ referierte die Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen). Rentenreform und Gender mainstreaming waren das Thema für die stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach, MdB.

Die Bundesfrauenvertretung der DSTG ist der Meinung, dass der Gedanke des Gender mainstreaming bei der Rentenreform durch die Bundesregierung offensichtlich nicht berücksichtigt wurde.

Der politische Ansatz im Praxistest – Idee und Wirklichkeit des Gleichstellungsdurchsetzungsgesetzes war Thema des Referats von Christa Riemann-Hanelwinkel, MdB (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages.

In der sich anschließenden Diskussion konnte noch einmal verdeutlicht werden, dass die

DSTG stark vertreten

Mit 60 Kolleginnen und Kollegen führte die Vorsitzende der DSTG Bundesfrauenvertretung, Andrea Sauer-Schnieber, die größte Gruppe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Nach der Fachtagung waren sich alle einig, dass die Veranstaltung ein voller Erfolg war, die Fortsetzung der Diskussion dringend erforderlich ist und das Fachtagungen dieser Art viel öfter angeboten werden müssten.



DSTG-Frauen bei der 1. Frauenpolitischen Fachtagung in Berlin.

dass Kolleginnen und Kollegen öffentlich mit Politikerinnen und Politikern über die Gleichstellungspolitik diskutieren wollen.

In ihrer Begrüßungsrede führte Helene Wildfeuer u. a. aus, dass es bis zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland noch ein weiter Weg ist.

Männer waren gern gesehene Gäste

Der DBB-Bundesvorsitzende Erhard Geyer stellte in einem Grußwort die DBB-Positionen zu den verschiedenen frauenpolitischen Themen dar. Die

Was ist Gender mainstreaming?

Gender mainstreaming ist im Grunde eine Methode, mit der die unterschiedlichen Organisationen Geschlechtergerechtigkeit – manche sagen Geschlechterdemokratie – herstellen sollen. Also: Bei jedem Entscheidungsprozess (auch im Gesetzgebungsverfahren) muss in jeder Phase, auf jeder Ebene und von allen Beteiligten geprüft werden, wie sich diese Entscheidung auf Frauen und Männer auswirkt. Dadurch sollen geschlechtsspezifische Benachteiligungen von vorne herein verhindert oder rück-

Beamtendarlehen
Festzins ab 5,45% (Ges. Laufzeit)

Für alle Beamtinnen u. L. über
Lebensversicherung von
10.000,- DM bis 175.000,- DM
Annahmefrist ab 100%
Zins fest für gesamte Laufzeit
12-30 Jahre
effekt. Jahreszins ab 5,53%

Bsp.: 30jhr. Beamtin a.L., Leutz. 20 J.
Zins 5,25%, 80% Anz. DBB 6,97%
60.000,- mtl. Zins + LV DM 308,15
175.000,- mtl. Zins + LV DM 1.982,30

• Verwendung der Überschuss- und
Gewinnanteile auch zur
Laufzeitverkürzung möglich.

Sonderkredit zum Ausgleich etwa
Grenzkasse bis DM 30.000,-
mtl. DM 249,- Laufzeit: 120 Monate
effektiver Jahreszins: 7,98%

• Sonderkonditionen auch an
Arbeiter u. Angestellte des b. D.
• geringste Hypothekenzinssätze

Persönliches Angebot und Hotline
☎ 644 08/93 82-0

Schirmer & Partner
DAG Dienstleistungsvermittlung
27788 Hude, Lappenberg 5
Fax 941 0893 82-13

WWW.SCHIRMERPARTNER.DE

Anke Schwitzer neue Vorsitzende des DBB-Schleswig-Holstein

Die langjährige Vorsitzende des DSTG-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Anke Schwitzer hat die Wahl gegen den bisherigen und erneut antretenden Vorsitzenden des D8BB-Landesbundes, Wolfgang Blödorn in einer Kampfabstimmung erfolgreich für sich entschieden.

Damit ist Anke Schwitzer wie schon bei der DSTG auch beim DBB in Schleswig-Holstein die erste Frau, die den Vorsitz übernimmt.

Mit Regina Heick, der Vorsitzenden der DBB-Landesfrauenvertretung, ist eine weitere DSTG-Frau in den Vorstand gewählt worden.

Anke Schwitzer sieht ihre neue Aufgabe als eine große Herausforderung an. Bei ihrer Vorstellung stellte sie heraus, dass sie diese neue Tätigkeit nicht aus „Frust, sondern aus „Frust“ über-

nehmen wolle, da sie ihre bisherigen Aufgaben als Sachgebietsleiterin, Personalrätin und DSTG-Landesvorsitzende sehr gern gemacht habe.

Einen Schwerpunkt in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit sieht die neue Landesbundsvorsitzende Anke Schwitzer in der Wiederaufnahme des Dialogs mit Ministerpräsidentin Heide Simonis. Während der „Ära Blödorn“ war eine Eiszeit zwischen DBB-Landesbund und Heide Simonis ausgebrochen. „Auch wenn in den Positionen zu Sachfragen erhebliche Differenzen zwischen Landesregierung und DBB bestehen, sollte man trotzdem versuchen, im Gespräch zu bleiben“, betont Anke Schwitzer. Ein erster Schritt wurde hier bereits unternommen. Ihre Glückwünsche an die neue Landesbundsvorsitzende hat Mini-



sterpräsidentin Heide Simonis mit der Hoffnung auf eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem DBB Schleswig-Holstein verbunden. Auch wenn erhebliche Differenzen in den Positionen zur Sache bestünden, so solle man doch im Gespräch bleiben. Anke Schwitzer hat ihren Dank für diese Glückwünsche mit dem Wunsch nach einer zeitnahen Aufnahme eines

sachorientierten Dialogs verbunden.

Bei aller Freude über die gewonnene Wahl beim DBB ist diese auch mit einem Wermutstropfen, nämlich dem Rücktritt vom DSTG-Vorsitz in Schleswig-Holstein, verbunden.

Anke Schwitzer wird am 9. Oktober 2001 von ihrem Amt bei der DSTG zurücktreten und sich dann mit voller Kraft ihrer neuen Aufgabe als DBB-Landesbundsvorsitzende widmen. Nach eigener Aussage tut sie dies mit „einem weinenden und einem lachenden Auge“.

In der DSTG Schleswig-Holstein wird sich der bisherige Stellvertreter Karl-Sönke Jessen für den Vorsitz zur Wahl stellen.

Wir sind einer der größten Lohnsteuerhilfvereine Deutschlands.

Wir suchen zur Durchführung regionaler steuerlicher Fortbildungen für unsere Mitarbeiter bundesweit weitere

Dozenten auf Honorarbasis.

Sie haben umfangreiche Kenntnisse im Einkommensteuerrecht und als Dozent oder Vortragender Erfahrung bei der Finanzverwaltung gesammelt.

Sie stellen gerne Strukturen, Schwerpunkte und Zusammenhänge übersichtlich und anschaulich dar und das Auseinandersetzen mit Fachliteratur bereitet Ihnen Freude, ebenso ein lebendiger Vortrag.

Sie sind zuverlässig und Selbstdisziplin ist für Sie selbstverständlich. Dann sind Sie der ideale Partner für uns.

Wir bieten Ihnen eine leistungsbezogene und erfolgsorientierte Bezahlung und die Perspektive einer langfristigen Zusammenarbeit.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an:

Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V.
Fritz-Voigt-Str. 13
67433 Neustadt

Internet: www.vlh.de



Das Tarifrecht im Spannungsfeld von Gewerkschaften und öffentlichen Arbeitgebern“ war Generalthema eines Seminars der Bundesleitung für Nachwuchskräfte in der Tarifarbeit, das vom 24. bis 26. Juni 2001 im DBB-Bildungszentrum in Königswinter unter Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Helmut Overbeck, stattfand. Zu den wesentlichen Grundzügen des BAT und den Eingruppierungsregelungen referierten und diskutierten mit den Teilnehmern der Seminarleiter und Friedhelm Thomas (Bezirksverband Westfalen-Lippe). Das System der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst beleuchtete Karl-Heinz Leverkus (Bezirksverband Düsseldorf) und über die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes berichtete DSTG-Tarifreferent Heinz Gewehr.

Unser Foto zeigt die Seminarteilnehmer mit dem Seminarleiter Helmut Overbeck vor dem Bonner DSTG-Haus.

Höheres Kindergeld:

Einfluss auf Unterhalt

Die Erhöhung des Kindergeldes und der Wegfall des Kinderfreibetrages kann die Höhe von Unterhaltszahlungen beeinflussen. Die Neuregelungen seien ausreichende Gründe für die Abänderung eines früheren Prozessvergleichs, entschied das Koblenzer Oberlandesgericht in einem Urteil (Az: 13 UF [OLG] 311/0).

Der unterhaltsverpflichtete Mann darf weniger zahlen, wenn seine Frau mehr Kindergeld bekommt, befanden die Richter. Das Gericht billigte mit seinem Spruch nachträgliche Änderungen eines Vergleichs, den der Kläger als unterhaltsverpflichteter Vater in einem Unterhaltsprozess geschlossen hatte. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vergleichs 1995 lag das Kindergeld für beide Kinder zusammen bei 200 Mark; inzwischen sind es 540 Mark. Der Kläger war



der Auffassung, dies müsse bei der Höhe der Unterhaltszahlung berücksichtigt werden. In diesem Sinne befand auch das OLG.

Bei Krankheit:

Frauen fehlen seltener

Frauen fehlen seltener wegen Krankheit im Erwerbsleben als Männer. Dies geht aus den am 26. Juni 2001 vorgelegten Zahlen der Betriebskrankenkasse (BKK) hervor.

Danach waren Frauen 1999 im Durchschnitt an 15,1 Tagen krank gemeldet, Männer dagegen an 16,7 Tagen. Männer und Frauen unterscheiden sich allerdings erheblich in den Krankheitsarten. Der BKK-Bundesverband beklagt erhebliche Mängel bei der medizinischen Versorgung gerade von Frauen. Diese würden oft unzureichend behandelt. So liege die Sterblichkeit bei Frauen unter 60 Jahren nach einem Herzinfarkt um 50 Prozent höher als

bei Männern. Auch erhielten Frauen 33 Prozent mehr umstrittene Arzneimittel als Männer. Umgekehrt kritisierte der BKK-Bundesverband eine übertriebene Behandlung in eigentlich normalen Lebensphasen. So würden in Deutschland inzwischen 70 Prozent aller Schwangerschaften als Risikoschwangerschaften eingestuft. Zur Überversorgung gehöre auch die umstrittene Hormontherapie in den Wechseljahren.

Buchbesprechung

„Gut ankommen. Gewinnbringend kommunizieren.“

„Gut ankommen“, das wollen wir alle: wir wollen es mit dem, was wir mitteilen, und bei dem, was uns mitgeteilt wird. Dabei hilft das neu erschienene Buch „Gut ankommen“ von Joseph Fromme. Er erklärt anschaulich und fundiert, warum die zwischenmenschliche Kommunikation so schwierig ist, und zeigt konkret auf, wie Kommunikationsstörungen entstehen, vor allem aber auch, wie sie verhindert, vermindert oder überwunden werden können. Das Buch enthält viele Tipps für das Reden vor und mit anderen – besonders im beruflichen Alltag sowohl im Dienst der Steuerverwaltung als auch in gewerkschaftlicher Funktion. Hilfreich, weil handlungsorientiert, sind u. a. die Schwerpunkte:

- die Prinzipien des guten Redens, die **Rhetorik**,
- das überzeugende Argumentieren, die **Dialektik**, und
- die wirkungsvolle Gelegenheitsrede, insb. die **Laudatio**.

„Gut ankommen“ ist reich an reizvollen Stichworten wie z. B.:

- Die Wirkung ist die Wahrheit.
- Wahr ist, was der Empfänger als wahr nimmt.
- Den Wald vor lauter Bäumen nicht erkennen.
- Worte können lügen, der Körper kaump.
- Typisch Mann?! Typisch Frau?!
- Keine Stimmung gibt es nicht.
- Lernen: Wissen in Tun umsetzen.
- Knapp am Ziel vorbei ist auch daneben.
- Wer andere öffnen will, muss sich selbst öffnen.
- Don't sell the steak, sell the sizzle!
- Reden kann jeder: Gut zureden, ist eine Kunst.
- Erst denken, dann sprechen: Denk-Sprechen!
- Überzeugen, nicht nur mit Argumenten.
- Ohne Lampenfieber kein gelungener Auftritt.

„Gut ankommen“ ist leicht zu lesen und gut zu nützen, weil jeweils ein Aspekt auf jeweils einer Seite abgeschlossen behandelt wird. Zudem verbindet der Autor seine Informationen, Überlegungen und Anregungen mit denen namhafter Experten wie z. B. Paul Watzlawick, Schulz von Thun, Frederic Vester, Vera F. Birkenbihl, Rolf H. Ruhleder und vielen anderen. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis gibt zusätzliche Orientierungshilfe.

Kurzum: „Gut ankommen“ ist ein Buch für alle, die zu einer besseren zwischenmenschlichen Kommunikation beitragen wollen.

Fromme, Joseph: Gut ankommen; Hamburg 2001; akademos-Verlag; 38,- DM

Tauschchecke

- StS'in aus Baden-Württemberg (OFD Stuttgart) sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz).
- StOS'in aus Schleswig-Holstein (OFD Kiel) sucht dringend Tauschpartner/in aus Hessen (OFD Frankfurt).
- StAmtm aus dem Bereich der OFD Hamburg sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus dem Berich der OFD Magdeburg – auch Ringtausch.
- St'in z. A. aus Hessen (OFD Ffm) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Niedersachsen (Hannover) – auch Ringtausch
- RINGTAUSCH: Welcher A9'er (g. D.) möchte aus Niedersachsen in ein anderes Bundesland wechseln und welcher A9'er (g. D.) möchte aus dem Bundesgebiet nach Hessen wechseln. Bitte meldet Euch – wir versuchen einen Ringtausch zu organisieren.
- StOS'in aus Villingen-Schwenningen (OFD Karlsruhe) sucht aus familiären Gründen dringend (zum 1. 4. 2002) eine/n Tauschpartner/in aus Düsseldorf (OFD Düsseldorf).
- StAf aus Sachsen-Anhalt (OFD Magdeburg, FA Halle-West) sucht Tauschpartner/in aus Hessen (OFD Frankfurt, Finanzämter Frankfurt I-V, Frankfurt Höchst, Bad Homburg, Hofheim)
- StARin aus Brandenburg (OFD Cottbus) sucht Tauschpartner/in aus Sachsen (OFD Chemnitz), möglichst aus dem Bereich der Dresdner Finanzämter.
- StAF aus Hessen (OFD Frankfurt/Main) sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz (OFD Koblenz).
- StOI'in vom Finanzamt Erfurt (OFD Erfurt) sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus Düsseldorf oder Neuss (OFD Düsseldorf) – auch Ringtausch.

Buchbesprechung

Bei Steuerwesen in der zweiten Liga

Deutschland, einst Vorbild für Steuerrecht und Steuerverwaltung, ist im Steuerwesen in die zweite Liga der Nationen abgestiegen und auf dem Weg in die Drittklassigkeit. Ein neues Buch, in dem dieses vernichtende Urteil gefällt wird, beschäftigt sich mit den Ursachen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind und zeigt Ansätze zur Lösung von Problemen auf. Es richtet sich damit zunächst an solche Politiker, die originäre Finanzpolitik machen wollen, statt die erkungelten Ergebnisse von Verteilungskonflikten in geltendes Recht umzuwandeln, an Richter, die wieder Orientierung geben wollen, statt Beweise juristischer Differenzierungskunst zu verkünden, an Führungskräfte der Steuerverwaltung, die wieder strategisch handeln, statt sich mit Krisenmanagement durchlavieren wollen, an Sachbearbeiter, die nicht Steuerzahler verwalten, sondern die verlorene Kontrolle über ihren Finanzamtsbezirk zurückgewinnen wollen, an Berater, die nicht den Durchblick verlieren wollen, vor allem aber auch an alle Bürger dieses Staates, die lieber stolzes Mitglied ihres Staates als dessen nach Subventionen und anderen Sonderangeboten haschende Kunden sein wollen. Damit richtet sich das Buch an alle, die die Problematik rund um das Steuerrecht in Deutschland erkannt haben und nunmehr zum Handeln entschlossen sind.

Hesper, Helmut

Wege für Bewegter im Steuerwesen: 5 Reden über kleine Ursachen mit großen Wirkungen; Köln, 2001; Verlag Dr. Otto Schmidt

Lehrgänge zum Steuerberater



STEUERLEHRGÄNGE
DR. STITZ

Samstagslehrgang*	ab 25.5.2002
Dreimonatskurs*	11.6. – 30.8.2002
Crash-Kurs*	3.9. – 28.9.2001
Fernlehrgang*	ca. 1 Jahr
Klausurenkurs	1.4. – 15.9.2002

*inklusive integriertem Klausurenkurs

DEUTSCHE AKADEMIE
FÜR STEUERN,
RECHT & WIRTSCHAFT

Begutachtet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung. Zugelassen durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht. Umfassende examensbezogene Loseblattausgabe sowie CD-ROM in allen Kursen.

**Probessitzung
kostenlos**

Aktuelles Steuerrecht für Praktiker:

Aktuelles Ertragsteuerrecht	8.9.2001
Aktuelles Körperschaftsteuer- und Umwandlungssteuerrecht	20.10.2001
Aktuelle Abgabenordnung	17.11.2001

50868 Köln, Postfach 41 08 80
Tel.: (02 21) 4 20 56 20, Fax: (02 21) 4 20 56 11
E-Mail: steuer@stitz.de
Internet: www.stitz.de

Steuerberaterprüfung

www.bannas.com

Samstagslehrgänge für Prüfung 2002 ab Sept./Okt. 2001 und für Prüfung 2003 ab Sept./Okt. 2002

- inkl. Virtuelles Tutorium
- keine Freitagabende
- 15 sechs- und 6 dreistündige Klausuren im Kurspreis

Klausurenpräsenzkurse im Aug./Sept. 2001 + 2002

- Besprechungen direkt im Anschluß an die Klausuren

Klausurenfernkurse für schriftl. Prüfung 2002 + 2003

- Interaktive Klausurmachbesprechungen vom eigenen PC (per Sprache) mit Aufzeichnung, daher Wiederholung möglich
- Einstieg jederzeit möglich, da Blöcke einzeln belegbar

NEU: Ab 2002 IHK-Bilanzbuchhalterlehrgänge in Bielefeld, Hannover, Mainz, Saarbrücken

Büro Hack 9, 51503 Rösrath

Tel. 0 22 05 / 91 15 75, Fax 0 22 05 / 91 15 76

Aschaffenburg Bielefeld
Bremen Chemnitz
Essen Frankfurt
Gießen Hamburg
Hannover Kassel
Koblenz Mainz
Mannheim München
Saarbrücken

berufsbegleitend
zum Erfolg



STEUERLEHRGÄNGE
DR. STITZ
BANNAS

DBB Akademie

Bildungs- und Sozialwerk e.V.



Aus dem Bildungsprogramm 2001 4. Quartal

Gewerkschaftliche Bildung Politische Bildung Berufliche Bildung

Gewerkschaftliche Bildung /

Praxis-Seminare zu speziellen Rechtsgebieten

Rechtsschutzbeauftragte	G 20/01	08.10. – 10.10.2001	Mahlow
Interessenvertretung	G 21/01	10.10. – 12.10.2001	Mahlow
Geschichte der Gewerkschaftsvertretung	G 23/01	21.10. – 23.10.2001	Königswinter
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	G 27/01	11.11. – 13.11.2001	Königswinter

Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für Personalratsmitglieder

Beurteilungsrichtlinien	P 48/01	08.10. – 10.10.2001	Heyda
* Personalvertretungsrecht der Länder	P 50/01	15.10. – 19.10.2001	Chemnitz
* Personalvertretungsrecht des Bundes	P 51/01	22.10. – 26.10.2001	Chemnitz
Arbeitsplatzbewertung und Eingruppierung	P 54/01	29.10. – 31.10.2001	Königswinter
Organisationsveränderungen	P 62/01	26.11. – 28.11.2001	Königswinter

Staatspolitische Seminare, Europapolitik

Deutschland heute	A 17/01	08.10. – 12.10.2001	Brühl
Soziale Dimension in der Europäischen Union	A 19/01	15.10. – 19.10.2001	Brüssel
Umweltpolitik	A 21/01	04.11. – 08.11.2001	Sonthofen
Sozialversicherungssysteme auf dem Prüfstand	A 22/01	12.11. – 14.11.2001	Mahlow
Die Zukunft Europas	A 23/01	12.11. – 16.11.2001	Brüssel

Kommunikation und Führung

Umgang mit Mobbing	K 8/01	24.10. – 26.10.2001	Königswinter
Rhetorik - Aufbaukurs	K 9/01	29.10. – 31.10.2001	Königswinter
Führung und Zusammenarbeit	K 10/01	05.11. – 07.11.2001	Königswinter
Gestaltung von Vorträgen und Reden	K 11/01	10.12. – 12.12.2001	Königswinter

EDV

Arbeiten im Internet - Grundkurs	E 31/01	08.10. – 10.10.2001	Königswinter
* Arbeiten im Internet - Aufbaukurs	E 32/01	23.10. – 24.10.2001	Berlin
WORD für WINDOWS - Aufbaukurs	E 33/01	24.10. – 26.10.2001	Königswinter
Controlling mit EXCEL	E 34/01	29.10. – 31.10.2001	Königswinter
* Datenverarbeitung - Grundkurs	E 35/01	05.11. – 09.11.2001	Königswinter
Coral Draw	E 37/01	12.11. – 14.11.2001	Königswinter
Veröffentlichen im Internet - Aufbaukurs	E 39/01	03.12. – 05.12.2001	Königswinter

* Weitere Termine auf Anfrage,
Informationen und Programmanforderungen:

DBB Akademie
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Tel: 0228/8193-0
Fax: 0228/8193-106 oder -107
e-mail: all@bn.dbbakademie.de